

Geschlagen, aber nicht gebrochen.

von Christoph Meyer

VORBEMERKUNG

Fast ein Jahr ist seit der Bundestagswahl vergangen, in der Partei wird immer noch über die Ursachen und Gründe für das Scheitern diskutiert, es gibt Erklärungsansätze und wie immer in der politischen Bewertung, gibt es unterschiedliche Narrative. Übergreifende Ansätze, welche das Scheitern der FDP in eine längere Zeitschiene einbetten, haben ihre Berechtigung.

Mich treibt die kürzere und unmittelbare Perspektive um, die Vielzahl von Fehlern in der Arbeit der letzten Bundestagsfraktion, welche nach meiner Überzeugung die entscheidenden Prozentpunkte für das politische Überleben gekostet haben.

Meine eigenen Fehler als Mitglied des damaligen Fraktionsvorstands treiben mich um, zu viele Entscheidungen habe ich „im Team“ akzeptiert, statt konsequente Korrekturen einzufordern.

Die Reflexion des eigenen Scheiterns ist im politischen Prozess unliebsam; ich benötige sie aber als Fundament für die weitere Arbeit, nicht als Nabelschau, nicht als „Debattenbeitrag“, sondern als Abschluss für die letzten vier Jahre, um den Blick ausschließlich nach vorn richten zu können.

Die FDP ist die Partei der marktwirtschaftlichen Ordnung. Zum Markt gehört auch immer das

unternehmerische Scheitern, mag es für den Einzelnen und die Unternehmung dramatisch sein, es ist gerade der Teil des unternehmerischen Risikos, welchen Unternehmer, Selbständige und Freiberufler jeden Tag aufs Neue bereit sind einzugehen. Das Scheitern an sich ist kein Malus, die Summe der Erfahrungen lehrt, wie man es in Zukunft anders, besser machen kann und muss, wenn man wieder aufsteht.

Der Vergleich zum politischen Misserfolg soll hier nicht überspannt werden, im Kern ist es aber ähnlich. Nur wenn wir unsere Fehler klar benennen und eingestehen, haben wir eine Chance daraus zu lernen. Ich möchte mit meiner subjektiven Bewertung niemanden verurteilen, bewerten oder schlecht machen; jeder kann aus seinen Fehlern lernen und den Wiederaufbau der liberalen Idee in unserem Land mit voranbringen.

In einer Fraktionssitzung zum Ende des Jahres 2021 hat Christian Lindner eine Mahnung an die Fraktion formuliert, als er sagte „Wer glaubt, dass das Arbeiten in einer Regierungsfraktion im Vergleich zur Oppositionsarbeit wie der Unterschied zwischen dem Spielen in der Bundesliga und der Champions League sei, der irre sich. Die Arbeit in einer

Regierungsfraktion sei eine gänzlich andere Sportart, welche man beherrschen müsse.“ Nach drei Jahren Ampelarbeit müssen wir uns als Liberale eingestehen, dass wir in dieser Sportart nicht mithalten konnten. Es muss gleichzeitig Ansporn sein, dies beim nächsten Mal besser zu machen.

Wir haben in der Ampel entscheidende Programmsätze aus dem Fokus und uns im sinnbildlichen „Faustkampf auf der Titanic“ zum Ende selbst verloren. Die Koalition mag im Herbst 2021 nach der Verweigerung der Union als einzig mögliches Regierungsbündnis nach 16 Jahren Mehltau über dem Land richtig gewesen sein und ihre Stabilität war zur Bewältigung der ersten Jahre nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine entscheidend um das Land sicher durch die Krisen

zu bringen.

Blickt man auf die 20. Wahlperiode zurück, muss man feststellen, dass die Ampel zwar in vielen Bereichen Versäumnisse der Merkel-Regierung angegangen ist, aber zu keiner Zeit die Kraft fand, die für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes entscheidenden Themen durchgreifend zu lösen.

Für uns als FDP, die diese in den letzten 10 Jahren am konsequentesten angesprochen hatten, ist das Wahlergebnis ein Spiegelbild dieses Unvermögens.

Die Ampel war im Rückblick auf die gesamte Regierungszeit für die FDP ein Fehler.

RÜCKBLICK

Gefangen in 2013

Warum waren wir in den letzten Jahren nicht in der Lage, eine Kurskorrektur in der Koalition - oder gegebenenfalls auch unter Inkaufnahme des Bruches der Regierung - vor dem Herbst 2024 herbeizuführen?

Meiner Meinung nach ist dies eine prägende Nachwirkung aus der Regierungserfahrung 2009 bis 2013 und dem seinerzeitigen Ausscheiden aus dem Parlament geschuldet.

Unausgesprochenes Bindeglied der neuen Fraktion nach 2017 war es, dass wir nie wieder zulassen wollten, uns so - intern wie extern – zu zerstreiten, wie dies die Partei vor dem Ausscheiden aus dem Bundestag 2013 getan hatte.

Diese Klammer führte dazu, dass im Mittelbau von Partei und Fraktion das Ziel der Geschlossenheit nach außen zentral war, kontroverse Reflexionen unseres Handelns in der Koalition wurden daher gescheut. Interne Debatten fanden keinen konstruktiven Kanal in eine gemeinsame FDP-Position, wir hatten verlernt miteinander zu streiten. Aber auch verlernt, Mehrheiten in der Fraktion als gemeinsame Position zu respektieren.

Erst ab der Mitte 2023, dem äußeren Druck und der Umfragesituation geschuldet, begannen die Debatten intensiver und teilweise auch öffentlich zu werden, sie wurden aber fast nie finalisiert ggf. durch Abstimmungsergebnisse dokumentiert und damit auch beendet.

Christian Dürr und Johannes Vogel sind nicht Christian Lindner und Marco Buschmann

Zwischen 2017 und 2021 hatten wir eine gute Arbeitsteilung in der Spitze gefunden, Christian Lindner als Fraktionsvorsitzender konnte sich auf die Außenkommunikation von Partei und Fraktion konzentrieren; dies gelang auch, weil mit Marco Buschmann als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer ein Micromanager die Fraktion organisierte und lenkte und vorantrieb.

Es war ein Fehler, diese Arbeitsaufteilung mit einer überstarken parlamentarischen Geschäftsführung so in die neue Legislatur zu übernehmen. Im Rückblick bleibt der Eindruck einer steten, latenten oder akuten Überforderung auf die Herausforderungen in der Koalitionsarbeit angemessen zu reagieren.

Es fehlte an innerer Führung in der Fraktion,

welche die Grundlage für die Arbeit in jedem Zusammenschluss einer größeren Zahl von Akteuren ist. Ein Corps- oder Teamgeist war nicht ausgebildet, wurde aber auch nicht gepflegt.

Auch wenn es partei- und demokratietheoretisch fraglich ist, ist das Kraft- und Machtzentrum der Parteien in Deutschland regelmäßig die jeweilige Bundestagsfraktion. Hier liegen die tagespolitische Kompetenz und die notwendigen Ressourcen; hier hätten die Bemühungen und Arbeiten aller Akteure im liberalen Kosmos im Wechselspiel mit der Parteispitze zusammenlaufen und Wechselwirkung entfalten müssen.

Disbalance in den Themen

Die Fraktion hat es in der Koalition nie geschafft, eine Balance zwischen den gesellschaftspolitischen Themen, welche uns zumindest im Ansatz mit den Koalitionspartnern in der Ampel einte und den mitunter harten wirtschafts- und ordnungspolitischen Themen und Reformnotwendigkeiten im Land herzustellen.

Diese Balance hätte sich an der Erwartungshaltung unserer Wähler orientieren müssen, welche zum überwiegenden Teil auf die ordnungspolitische Vernunft der FDP gesetzt hatten. Die FDP hat die Wahlen 2017 und 2021 zumindest mit der Subbotschaft der „Notwenigkeit der Neugründung“ zum besseren Funktionieren des Landes in vielen Lebensbereichen gewonnen. Die Bedeutung dieser Chiffre, nämlich die Dysfunktionalität weiter Teile des öffentlichen Lebens und der Verwaltung, ist spätestens seit 2024 fast schon öffentlicher Konsens.

Noch im Herbst 2024 war ein Teil in der Fraktion immer noch der Auffassung, man solle versuchen alle Teile im Koalitionsvertrag, unabhängig von der Relevanz für FDP-Potential insgesamt umzusetzen.

Diese Disbalance der Themen ist zentral für die „schiefe“ Wahrnehmung der FDP in der Ampel: In dem einen Bereich wurde überschießend geliefert, in dem Bereich, welcher für die Mehrheit der potenziellen Wähler, aber auch die Mehrheit in der Fraktion, zentral war, scheiterten wir an den oft diametral entgegengesetzten Inhalten von SPD und Grünen. Eine Form von Clearing dieser Inhalte zueinander fand nicht ausreichend statt.

Wir hätten früher anfangen müssen, einen Teil (den „ampelnäheren“ Teil) unserer eigenen Programmatik zur Disposition zu stellen, um in unseren Kernfeldern Änderungen durchzusetzen.

Kommunikativer Ausfall

Vor 2017 und nach dem Wiedereinzug in den Bundestag kommunizierte die FDP stärker und fokussierter als die Wettbewerber. Uns gelang es, aus einer machtpolitisch schwachen Position, Themen zu setzen und damit überproportional wahrgenommen zu werden. Dies gelang vor allem Christian Lindner und es gelang vor allem jenseits der etablierten Medien.

Spätestens nach 2021 haben wir in der gesamten Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion den Anschluss verloren. Gerade in der Ampel hätten wir stärker die Grenzen einer Partei, die mit einem Wahlergebnis von 11% im Bundestag legitimiert war, kommunizieren müssen. Dazu gehört Kompromissfindung und Betonung des FDP-Anteils an dem Kompromiss.

Wir waren nicht in der Lage, eine proaktive Pressearbeit in Abstimmung mit den Ministerien und der Partei zu organisieren. In der Regel erfolgte ein langwieriges, reaktives Agieren im tagespolitischen Diskurs.

Die Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit beschränkte sich auf Kleinstformate, welche mitunter nicht abgestimmt und nicht zugespielt bzw. nicht „zielgruppenscharf“ waren und keine übergreifende Botschaft hatten.

Im Bereich Social Media war der Abfall am deutlichsten, wir sind auf dem Stand zum Ende des letzten Jahrzehnts stehen geblieben.

Bezeichnend ist, dass die Mängel in der Öffentlichkeitsarbeit in der Fraktion früh und dauerhaft erkannt und adressiert wurden, es ist allerdings nie gelungen hier ausreichend umzusteuern. Das Maß an Seriosität, bzw. das Fehlen dessen, und die Tonalität des Social Media-Auftritts wurden immer öfter in Frage gestellt, aber hingenommen.

Auch große Teile der Mitglieder der Fraktion selbst waren allerdings zu behäbig. Die Gewichtung von Presse- und Social Media-Arbeit war in den einzelnen Bundestagsbüros sehr unterschiedlich ausgeprägt. Appelle aus der Spalte, dass die einzelnen MdB hier einen stärkeren Fokus legen sollten, verhallten; es gelang faktisch nie, die gesamte Fraktion, abgestimmt auf ein Ziel kommunizieren zu lassen, das Verlassen der eigenen Blase folglich auch nicht.

Vorstandswahlen

Im Herbst 2023 verdeutlichten die regulären Fraktionsvorstandswahlen zur Mitte der Legislatur die tiefe Unzufriedenheit in der Fraktion. Die Zusammensetzung des Vorstands änderte sich nicht. Die Hälfte der Vorstandsmitglieder wurden ohne Gegenkandidaten mit Ergebnissen unter 70% im Amt bestätigt.

Die Ergebnisse waren kein aus der Fraktion gezielt vorbereiteter Angriff, es materialisierten sich eher Zufallsergebnisse.

Das Ergebnis war kein reinigendes Gewitter, wie manche bei ihrer Stimmabgabe wohl hofften, sondern führte zu einem weiterwachsenden Misstrauen untereinander.

Im Rückblick hätte sich der Fraktionsvorstand spätestens jetzt offen und konstruktiv mit der Stimmung in der Fraktion auseinandersetzen müssen. Dies unterblieb.

Ausfälle im Bereich Wirtschaft, Migration und Gesundheit

In zentralen Feldern waren wir in der Positionierung in der letzten Legislatur zu oft nicht kongruent, entweder mit der Mehrheit der Fraktion; haben nicht adäquat kommuniziert und/oder haben die Erwartungen und das Vertrauen unserer Wähler enttäuscht.

Im für die FDP zentralen Feld der Wirtschaftspolitik ist es uns nicht gelungen, authentisch zu unserem Kernwählerpotential zu kommunizieren. Dies gelang erst spät mit der Konzentration auf die Wirtschaftswende und den Bürokratieabbau, dies aber auch nicht aus der Fachebene heraus. Der zuständige Vorstand und die Berichterstatter konnten zwar im Bereich Klima- und Energiepolitik einen Gegenpol zur grünen Themensetzung bilden. In dem die FDP definierenden Thema reichte es aber nicht, bei den Stakeholdern oder zumindest in der Öffentlichkeit wahrnehmbar Akzente zu setzen bzw. zumindest als ernstzunehmendes Korrektiv zum Wirtschaftsminister wahrgenommen zu werden. Dies wurde in der Fraktion früh erkannt, allerdings ohne, dass es zu den nötigen Änderungen kam.

Schon früh im Jahr 2023 wurde deutlich, dass die Mehrheit der Fraktion einen klaren Kurswechsel im Bereich Migrationspolitik (wie schon die Fraktion nach 2017 beschlossen hatte), sowohl in der eigenen Positionierung, aber letztlich auch in der Koalition,

erwartet.

Die Lebenswirklichkeit einer studentisch geprägten deutschen Kleinstadt bzw. im Berliner Akazienkiez (Schöneberg) war längst entkoppelt von der Lebensrealität im Land und der Stimmung in der Partei. Ein entscheidender Teil der Fachebene musste fortdauernd bis Mitte 2024 zur Nachpositionierung aus der Fraktion und Partei gedrängt werden.

In der Gesundheitspolitik ist es der FDP nicht gelungen, unsere ausgewogene Position in der Corona- und Pandemiepolitik aus den Vorjahren in konkretes Mehrheitshandeln im Parlament umzusetzen. Zwar konnten wir zu Beginn der Ampelkoalition das Auslaufen der Coronabeschränkungen erzwingen und eine allgemeine Impfpflicht verhindern, beides gegen den Widerstand von CDU/CSU, SPD und Grüne; wir haben es aber versäumt ähnlich robust den versprochenen parlamentarischen Aufarbeitungsprozess zu erzwingen. Die wäre vermutlich nur durch eine komplette Blockade der Gesundheitspolitik in der Regierung möglich gewesen, hierzu waren unsere Gesundheitspolitiker nicht bereit bzw. in der Lage.

Zwei Bundesminister

Die FDP hatte sich mit der Ressortverteilung bewusst auf Ministerien konzentriert, welche der inneren Reformnotwendigkeit des Landes Rechnung trugen. Gerade die beiden zentralen „Gestaltungsministerien“ konnten nur teilweise die gesetzten Erwartungen erfüllen.

Auch losgelöst von den Ereignissen im Herbst 2024 ist dabei zunächst Volker Wissing zu nennen.

Volker Wissing agierte wie ein politischer Autist. Bei seinem Ausscheiden aus der FDP hatte er in der Fraktion weniger als eine Handvoll von Unterstützern.

In den FDP-geführten Häusern gab es eine gute Zusammenarbeit zwischen den Ministern und den liberalen Parlamentarischen Staatssekretären, lediglich im Digital- und Verkehrsministerium fand eine geregelte Kommunikation zwischen dem Minister und den parlamentarischen Staatssekretären, auch als Bindeglied zur Fraktion, faktisch nicht statt; war vom Minister auch nicht gewünscht.

Die zunehmende Entfremdung von Wissing und der Fraktion lag auch daran, dass der Minister Themen ohne Rückkopplung mit der Fraktion vorantrieb und die Schwerpunktsetzung der FDP schlicht ignorierte.

Eine abgestimmte Kommunikation zu Erfolgen im Bereich Digitalisierung war nicht möglich, war aber auch aus dem Ministerium zu zaghaft.

Die einseitige Fokussierung der Ressourcen des Verkehrsministeriums auf die Deutsche Bahn, mit der Folge, dass für die Straßeninfrastruktur Mittel fehlten und die anfänglich einseitige Fokussierung auf neue Antriebsformen, führte zu einem Dauerkonflikt mit weiten Teilen der Fraktion, standen aber auch im Widerspruch zu großen Teilen der Partei und Bevölkerung.

Wissings Festhalten am Bahnmanagement trotz Schlecht-Performance kann jedenfalls schwerlich politisch oder betriebswirtschaftlich erklärt werden.

Die Übernahme des Ministeriums für Bildung und Forschung wäre eine ideale Möglichkeit gewesen, gerade im Forschungsbereich unsere Technologieoffenheit und Zukunftsausrichtung fortlaufend zu dokumentieren.

Leider wurde auf die Außenkommunikation kein ausreichender Schwerpunkt gelegt. Die Hausleitung konzentrierte sich zudem auf den Bildungsbereich. Aus liberaler Sicht zwar ein zentrales Feld, aber auch das konfliktträchtigste, aufgrund der originären Kompetenz der Bundesländer. Diese Konflikte bestand die Ministerin in der öffentlichen Wahrnehmung nicht.

Es bleibt der dauerhafte Verdienst von Bettina Stark-Watzinger mit dem Startchancen-Programm einen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik durchgeföhrt und eingeleitet zu haben, welcher von der jetzigen Koalition für die frühkindliche Bildung sogar übernommen werden soll. Geld vom Bund nicht mit der Gießkanne zu verteilen, sondern nach den tatsächlichen Bedarfen sowie eine verstärkte Kooperation des Bundes mit den Ländern zu erwirken, ist ein zentraler Hebel, um Bildungserfolg in Deutschland breiter zu ermöglichen.

Es ist sinnbildlich, dass solche Erfolge nicht ausreichend auf die FDP einzahlt. Die simpelsten Kommunikationsgrundsteine wurden verstopft. Die Bundesländer wurden etwa von der Auswahlentscheidung der geförderten Schulen vor den Mitgliedern des Bundestags oder der Fraktion informiert; ein schlichtes Werben vor Ort war für die einzelnen MdB nicht mehr möglich, die Länder reklamierten den Erfolg für sich. Mag dies formal nicht zu beanstanden sein, keine andere Partei oder Ministerium hätte sich so eine Fehlleistung erlaubt.

Mit dem Fortschreiten der Legislatur verfestigte sich der Eindruck, dass die Hausspitze sich immer mehr einmauerte und keinen Durchgriff ins Ministerium mehr hatte.

Insgesamt stellt sich die Frage, ob eine Konzentration auf drei Ministerien vor dem Hintergrund der Personaldecke der FDP 2021 nicht besser gewesen wäre.

Ampelpartner

Von Beginn der Koalition an war klar, dass in dieser Konstellation drei unterschiedliche Partner mit zum Teil diametralen Programmsätzen aufeinanderprallen würden. Dies ist in den letzten Jahren ausgiebig kommentiert worden.

Diese unterschiedlichen Programmsätze waren oftmals mit einem gänzlich unterschiedlichen Kenntnishorizont unterlegt. Grundlegende Zusammenhänge und Voraussetzungen unserer Wirtschaftsordnung waren schlicht nicht bekannt bzw. der dieser zugrunde liegende verfassungsrechtliche Rahmen wurde nicht akzeptiert. Verhandlungen wurden mitunter auf unterschiedlichen Wahrnehmungsebenen geführt.

Insbesondere bei den Grünen kam im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik oftmals ein Halbwissen hinzu, welches sich aus der vermeintlichen Kenntnis von Marktzusammenhängen speiste, fußend auf Erfahrungen in streng reglementierten oder durch staatlichen Eingriff geschaffenen Märkten. Es war oftmals so, wie wenn ein Binder von der Sonne spricht.

Es ist uns nicht gelungen, in dieser Konstellation zu einem tragfähigen Regierungshandeln zu kommen.

Entscheidend für die Zusammenarbeit auf Fraktionsebene war auch, dass Robert Habeck schlicht keine Abschlusskompetenz für seine Fraktion besaß bzw. es bis zum Ende der Ampel unklar war, was davon ein taktisches Wechselspiel zwischen ihm und seiner Fraktion war. „Es interessiert mich nicht, was Robert Habeck zugesagt hat, wir sind die grüne Fraktion.“, offen oder nur als Subbotschaft, war oftmals Leitlinie der grünen Verhandler im Parlament, dies offenkundig allerdings erst nach bereits erfolgter Kabinetsbefassung.

Dass die Legislative zu Änderungen an Regierungsentwürfen im parlamentarischen Verfahren kommen kann, ist selbstverständlich und Alltag. Wenn die drei Regierungspartner sich aber schon kaum auf einen Kompromiss im

Kabinett einigen können, wenn auf Regierungsebene bereits ein Preis in Form eines politischen Kompromisses gezahlt wurde und anschließend im parlamentarischen Verfahren nochmals Forderungen „nachgeschoben“ werden, entsteht schnell der Eindruck über den Tisch gezogen zu werden. Auch hier sind Verhandlungen im Parlament möglich, es sollte dann aber zumindest bei der Kompromissfindung im Kabinett bereits klar sein, dass die jeweiligen Fraktionen noch Änderungsbedarfe sehen. So hat es die FDP immer gehalten.

Das Ende

Für mich begann das Ende der Ampel im August 2023.

Die ersten 18 Monate war die Koalition mit dem russischen Angriff auf die Ukraine und der Bewältigung der wirtschaftlichen Verwerfungen im Land beschäftigt. Flüchtlingskrise, Corona, Ukraine und die geopolitischen Verwerfungen wirkten wie ein Brennglas auf die Lage im Land, machten die Versäumnisse der Vorgängerregierung deutlich und die Scheinwelt, auf deren Grundlage Politik mindestens das Jahrzehnt zuvor und auch der Koalitionsvertrag 2021 vereinbart wurde, für jeden klar.

Erstmals rückte die Lage der Wirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Die Koalition kam aus einem schwierigen ersten Halbjahr, hatte das fast vollständig entschärfte Heizungsgesetz vor dem Sommer verabschiedet und alle Beteiligten waren froh, sich ein paar Wochen nicht sehen zu müssen. Die Hoffnung auf einen Neustart für die zweite Hälfte der Legislatur war groß.

Das Veto der Grünen zum Wachstumschancengesetz, welches genau genommen der erste zaghafe Versuch war, die Wettbewerbssituation der Deutschen Wirtschaft zu verbessern, zerstörte diese Hoffnung allerdings sofort. Ab diesem Zeitpunkt gewann das wechselseitige Misstrauen in den Fraktionen die Überhand.

Nach den verlorenen Landtagswahlen im Herbst 2023 begannen wir in der FDP Themen für ein Update des Koalitionsvertrags zu sammeln. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum 2. Nachtrag des Haushaltsjahres 2021 wurden diese Arbeiten eingestellt. Wer, wann diese Entscheidung getroffen hatte, wurde in der Fraktion nicht klar

kommuniziert; der Fokus auf die nüchterne Frage, was in dieser Koalition noch möglich sein würde, ging wieder verloren.

Damit stand fest, dass einzig in der Verknüpfung mit den Haushaltsberatungen 2025, welche mit der Aufstellung des Regierungsentwurfs im Frühjahr 2024 begannen, die Möglichkeit bestand, die beiden widerstrebenden Koalitionspartner auf eine Wirtschaftsreformagenda zu zwingen. Der Zeitplan, auch für den Showdown im November, war damit gesetzt.

Die Verknüpfung der sog. Wirtschaftswende mit dem Haushalt 2025 gelang nach zähem, öffentlichem Ringen im Sommer 2024. Allerdings war schnell klar, dass die Umsetzung der vereinbarten wirtschaftspolitischen Maßnahmen von SPD und vor allem von den Grünen im parlamentarischen Verfahren von den Fraktionen und Verhandlern sofort wieder relativiert und in Frage gestellt wurden.

Im Rückblick war mit dem Ende der parlamentarischen Sommerpause 2024 klar, dass die Koalition im Herbst brechen würde.

Die FDP hat die Zustimmung zum Haushalt an die gleichzeitige Verabschiedung der Wirtschaftswende geknüpft. Dies wurde aber erkennbar nicht das Ziel der beiden Koalitionspartner. In der FDP hatten wir im Juli/August gehofft, dass sich das Kanzleramt dazu entschließt, die Maßnahmen in einem sogenannten Artikelgesetz zur Abstimmung zu stellen, d.h. die 51 Maßnahmenfelder wären in einem gemeinsamen Gesetz zur Abstimmung gestellt worden. Das Kanzleramt entschied sich allerdings dagegen, schnürte das Paket auf und verteilte es als Annex an laufende Gesetzgebungsverfahren, teilweise in neue Gesetze. Allein dies machte schon deutlich, dass vom Kanzleramt kein Interesse mehr an einem erfolgreichen Abschluss bestand, denn so wurden die Beratungen aufgespalten und es dominierte die Debatte über Einzelaspekte statt über den Gesamtentwurf.

Die Dynamik im Oktober, welche dann in den Bruch Anfang November führte, ist bekannt, das Ergebnis konnte aber für niemanden überraschend sein.

Blickt man auf den Wahlkampf haben wir es als FDP zu keinem Zeitpunkt geschafft, kommunikativ in die Offensive zu kommen.

Das sog. D-Day-Papier stand am Anfang. Ich glaube dem damaligen Generalsekretär Bijan Djir-Sarai, dass er das Papier nicht kannte. Der Umstand der Nichtkenntnis, ist der eigentliche Skandal bzw. sagt

viel über den Zustand der Bundesgeschäftsstelle vor einem Jahr aus.

Die verkürzte Anlehnung an ein „wenig Musk und Milei“ zum Jahreswechsel war nicht ausdifferenziert genug und machte nicht hinreichend klar, dass es um unternehmerischen Erfolg und Reform- und Durchsetzungsbereitschaft ging und keinesfalls die gesellschaftspolitischen Positionen, welche von den

beiden Personen vertreten werden.

Am Ende dann die verpasste Chance bei der Migrationsdebatte Rückgrat zu zeigen.

EXKURS AMPELPRÄGENDE-THEMEN

Eine Vielzahl von Themen hat das Bild der FDP in der Ampel negativ geprägt. Zu den Relevantesten möchte ich mich positionieren.

Schuldenbremse

Die Schuldenbremse war nie ein Dogma. Sie wurde aus der Erkenntnis eingeführt, dass Regierungen und parlamentarische Mehrheiten immer dazu neigen, mehr Geld auszugeben, als ihnen tatsächlich zurzeit zur Verfügung steht und alle wohlmeinenden Ausgabebegründungen eben nicht zu einer Refinanzierung oder Verbesserung der Einnahmesituation in der Zukunft geführt haben. Die Schuldenbremse war damit immer ein Instrument, um fiskalische Disziplin zu bewahren. Sie war im letzten Jahrzehnt der ausufernden konsumtiven Ausgaben auch die einzige Möglichkeit, für eine parlamentarische Minderheit Strukturreformen gegen parlamentarische Mehrheiten zu erzwingen.

Dies umschreibt die Rolle der FDP in der Ampel. Die Schuldenbremse war in ihrer Anwendung flexibel, dies belegen die Schulden, welche auch in der letzten Legislatur aufgenommen wurden. Mit den Beschlüssen von März 2025 ist die Schuldenbremse faktisch zerstört und planvoll eine Umwälzpumpe von mehr als € 60 Milliarden p.a. für konsumtive Ausgaben geschaffen worden. Die Schuldenaufnahmemöglichkeiten, welche Friedrich Merz und die Union geschaffen haben, sind nun von volkswirtschaftlichen Grundlagen, der Relation zum Gesamtbudget und der konjunkturellen Lage weitgehend entkoppelt, statt sich bewusst an diesen Parametern der Leistungsfähigkeit eines Landes zu

orientieren.

Durch die Beschlüsse zu den Verschuldungsmöglichkeiten der Länder und die Finanzierungsübernahme von originären Länderausgaben durch die Sondervermögen des Bundes und - im Nachgang - des Wegfalls der sog. „Zusätzlichkeit“ (die Übernahme von Länderaufgaben aus dem Sondervermögen sollte „zusätzlich“ neben den eigenen Ausgaben der Länder treten und nicht diese ersetzen, wie es jetzt geschieht), ist die Union sogar noch weiter gegangen.

Unabhängig wie man zu fiskalischer Disziplin steht, noch nie hat eine Bundesregierung so ungehemmt, so einseitig zu Lasten der nächsten Generation bzw. der gesamten Gesellschaft, Verbindlichkeiten in die Höhe getrieben, ohne strukturelle Änderungen anzuschieben. Und dies offensichtlich aus schierem Unwillen oder Unvermögen selbst einen Konsolidierungsbeitrag erarbeiten zu müssen.

Die Schuldenaufnahme wird bei ungebremster Anwendung zu neuen Schulden von € 2 bis 3 Billionen bis in die späten 2030er Jahre führen. Neben der Gefährdung der allgemeinen Schuldentragfähigkeit wird dies weitreichende Folgen für die Steuerpolitik und Steuerungsfähigkeit des Landes haben.

Jegliche tiefgehenden Strukturreformen in Deutschland bedürfen der Zustimmung des Bundesrats. Mit den Beschlüssen hat die CDU damit nicht nur auch den durchgreifenden Konsolidierungsdruck von den Ländern genommen, sondern sie hat sich auch den in den letzten Jahrzehnten wirkmächtigsten

Hebel für die Zustimmung des Bundesrats zu Strukturentscheidungen selbst beraubt. Friedrich Merz wird sich die Zustimmung der Länder zu zentralen Entscheidungen durch noch mehr Geld erkaufen müssen, das jetzt schon bestehende Ungleichgewicht zwischen Bund und Ländern wird weiter verschärft werden.

Die Entscheidung Deutschlands aus der Gruppe der sparsamen Länder auszubrechen, wiegt auch im Kontext der Eurozone schwer. Was wird der Preis sein, den Deutschland in Europa wird zahlen müssen? Vermutlich eine kontinuierliche Ausweitung gemeinsamer Schulden (Eurobonds am Ende) mit Deutschland als größter Volkswirtschaft als zentralen Ausfallbürgern und die dann auch formale Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und damit Legitimation der Defizitkultur im Euroraum insgesamt.

Christian Lindner

Es ist ein Drama, dass die FDP nach Guido Westerwelle mit Christian Lindner den zweiten Ausnahmepolitiker innerhalb weniger Jahre verloren hat.

Wenn man sich die Entwicklung vom ersten parlamentarischen Wirken als Jugendpolitiker in Nordrhein-Westfalen bis in die Jahre 2024/ 2025 vergegenwärtigt, ist nicht nur eine beeindruckende Karriere, sondern insbesondere auch eine politische Profilschärfung zu erkennen, welche in der Form und Konsequenz einmalig ist. Mir ist kein Minister der Ampel oder einer anderen Bundesregierung bekannt, der so versiert auch in komplexe Zusammenhänge eingearbeitet war, wie er. Der Finanzminister Lindner des Jahres 2024 war als Ordnungspolitiker gereift, mit längerem Wirken hätte er eine Überfigur wie Lambsdorff oder Genscher für die Liberalen werden können. Er bleibt damit unvollendet.

Christian Lindner hat sich bis zum Ende den Schneid nicht abkaufen lassen, es ist bedauerlich und wird ihm nicht gerecht, dass seine Zugkraft und Glaubwürdigkeit, trotz beachtlicher Erfolge, in der Ampel am stärksten gelitten hat.

Die Kritik des zu starken Zuschnitts der Partei auf ihn geht fehl, die Partei hat sich in den letzten Jahren personell stark verbreitert. Es hat nur niemand in der vorderen Führungsebene die Chance ergriffen, sich neben Christian Lindner nachhaltig zu profilieren. Der Zuschnitt ist daher auch ein Ergebnis von mangelndem Führungswillen der anderen gewesen.

Natürlich hat Christian Lindner in seiner Position Fehler gemacht, wer in der FDP hat das nicht? Gerade aus seiner überstarken Rolle hätte er insbesondere eine Verantwortung gehabt, stärker selbst oder mittelbar durch die Akteure in seinem Vertrauensfeld Anstöße zu geben, wie Themen zu werten und zu positionieren sind. Diese Anstöße fehlten, um Struktur in die Meinungsfindungen der Fraktion zu bringen und um Entscheidungen in der Sache zu finalisieren.

Bürgergeld

Die Zustimmung zu einer Reihe von Gesetzen in der Ampel hat das Image und die Glaubwürdigkeit der FDP in unserem Wählerpotential stark beschädigt.

Herausstechend und in der Entwicklung exemplarisch ist hier die Bürgergeldreform. Dies beginnt sicherlich mit der Namensgebung, welche ursprünglich für unser seit Jahrzehnten gefordertes Konzept einer negativen Einkommensteuer bei Zusammenfassung aller Sozialleistungen stand und welches damit kommunikativ eliminiert wurde und endet mit dem Umstand, dass die Union der Reform im Herbst 2022 zugestimmt hatte, aber dennoch zwei Jahre Wahlkampf gegen diese Reform machen konnte.

Die FDP hatte zunächst zwei zentrale Ziele zur Änderung der vorherigen Rechtslage:

1. Änderung der Zuverdienstmöglichkeiten von ALG-II-Empfängern, um das Herausarbeiten vor allem von Kindern aus dem Transferbezugssystem zu unterstützen.

2. Anhebung des sog. Schonvermögens, damit Bürger, welche eigenverantwortlich Rücklagen gebildet hatten, in jedem Fall bessergestellt werden sollten, als diejenigen, die dies nicht getan hatten, die sich faktisch auf die Vollabsicherung ihres individuellen Lebensrisikos durch staatliche Alimentation verlassen hatten.

Die hohe Anpassung der Höhe der Regelsätze ergab sich direkt aus der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, welche auch im gesamten Bereich des Sozialstaats mittlerweile hart an der Grenze der Lebenswirklichkeit und originären Aufgabe eines jeden Gerichts, nämlich Rechtsfrieden zu schaffen, vorbeischrammt. Die Berechnungsmethode blieb unverändert, sie wurde nur auf eine Schätzprognose im Voraus umgestellt, statt wie bisher auf eine nachgelagerte Berechnung im Folgejahr. Dies war dem Umstand geschuldet,

dass die teils zweistelligen Preissteigerungen als Folge des Krieges in der Ukraine kein Zuwarten der Anpassungen erst im Folgejahr zuließen.

Das Ausschleichen der überschießenden Anpassungen der Regelsätze durch Nullrunden in den Folgejahren mag der unkomplizierteste Weg gewesen sein, aber gleichzeitig auch der kommunikativ schwierigste. Zumal der Öffentlichkeit fast nicht vermittelbar war, dass im Transferbezug eine faktische Absicherung gegen sprunghaft gestiegene Lebenshaltungskosten vom Staat ermöglicht wird, die arbeitende Bevölkerung eine solche Absicherung aber nicht erhielt.

Es zeigte sich früh, dass die ganze Reform in der Öffentlichkeit stark negativ belegt war. Die Fraktion versäumte es, in den ersten zwei Wochen zu der Reform aktiv zu kommunizieren und unsere Punkte und Ziele herauszustellen. Es ist nicht verwunderlich, wenn die FDP mit der gesamten Reform in Verbindung gebracht wird, wenn man nicht kommuniziert.

Noch gravierender ist allerdings, dass die FDP-Berichterstatter auf der Verhandlungsebene schon seinerzeit bei den Themen Sanktionen und Leistungskürzungen zu Verschärfungen kommen wollten. Offenbar wurde dieser Ansatz aber nicht bei den befassten Teilen der Fraktionsspitze unterstützt. Die Reformansätze, welche wir zum Ende der Ampel im Rahmen der sogenannten Wirtschaftswende vereinbart hatten, kamen zu spät, um den desaströsen Eindruck zu revidieren, auch weil diese nicht mehr umgesetzt wurden.

Zustrombegrenzungsgesetz

Die Frage, ob das gespaltene Abstimmungsverhalten der FDP-Fraktion zum Zustrombegrenzungsgesetz Ende Januar 2025 die Wahlniederlage endgültig besiegt hat, ist hypothetisch. Ich sehe es so.

Es wird dazu in der Partei keine einheitliche Meinung geben. Darum geht es in der Bewertung hier auch nicht. Für mich ist diese letzte Sitzungswoche der 20. Wahlperiode symptomatisch für die Fraktionsarbeit der gesamten Legislatur.

Schon Anfang der Woche war klar, dass die Abstimmungen zu einer Zerreißprobe für die FDP werden könnten. Dennoch war bis zum Freitag in der Fraktion bzw. im Fraktionsvorstand im Ganzen nicht klar, wie viele Abweichler es gab; der Fraktion war bis Freitagmittag auch nicht klar, dass etwa der erste Parlamentarische Geschäftsführer dem Antrag

nicht zustimmen würde bzw. sich dann an der Abstimmung nicht beteiligen würde, es gab hierzu schlicht keine Erklärung.

Durch die starke Positionierung von Christian Dürr und Wolfgang Kubicki gab es in der Fraktion noch am Freitagnachmittag vor der Verkündung des Abstimmungsergebnisses die Hoffnung, dass die Zahl der Abweichler ähnlich begrenzt wäre, wie am Mittwoch bei der ersten Antragsabstimmung zu der Sache.

Die gesamte Kommunikation in und aus der Fraktion war eindimensional auf diese Hoffnung abgestimmt, entsprechend hart war der Aufschlag nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses.

Von den 23 Abgeordneten, die dem Gesetz nicht zustimmten, hatten fast eine Handvoll nicht in der Sache liegende Gründe für ihre Abwesenheit, fast die Hälfte der verbliebenen Abweichler waren in den letzten Monaten in ihren Landesverbänden meistens in Kampfkandidaturen nicht mehr auf aussichtsreiche Listenplätze gewählt worden.

Die vorgebrachte Begründung für das abweichende Abstimmungsverhalten, dies sei eine Gewissensentscheidung, geht meines Erachtens am Thema vorbei, genau genommen ist jede Abstimmung im Bundestag eine „Gewissensentscheidung“ des einzelnen Abgeordneten. Einem Gesetz gegen die Linie der eigenen Partei und Fraktion nicht zuzustimmen dessen Inhalt man teilt, weil eine andere missliebige Fraktion erklärt habe, dem Gesetz ebenfalls zuzustimmen, ist eine Aufkündigung des Konsenses, welcher jede Fraktion im Kern zusammenhält.

Dies wiegt umso schwerer, weil die Abweichler in der überwiegenden Zahl diejenigen Kollegen waren, welche in den letzten 3 Jahren gesellschaftspolitische Themen und Kompromisse der Ampelpartner in der eigenen Fraktion eingebracht und verteidigt hatten, welche von der Mehrheit zumindest von einer sehr starken Minderheit in der Fraktion nur widerwillig und eben aus Fraktionsräson mitgetragen wurden.

Dieselbe Solidarität, welche die Mehrheit der Abweichler im Ampelkosmos von dem überwiegenden Teil der Fraktion eingefordert und bekommen hatten, verweigerten sie nun in einer Schlüsselfrage!

Was wäre die Folge gewesen, wenn das Gesetz am 31. Januar 2025 eine Mehrheit mit ausreichenden Stimmen der FDP im Deutschen Bundestag bekommen hätte?

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit hätte der Bundesrat das Gesetz, welches ein Zustimmungsgesetz war, im Anschluss abgelehnt!

Der Bluff von Friedrich Merz und der Union wäre aufgeflogen, er hätte erklären müssen, warum er diese Abstimmung initiiert und verloren hätte, die gesamte Kurzatmigkeit und mangelnde politische Weitsichtigkeit, welche nach 6 Monaten Regierungszeit immer offenkundiger wird, hätte kurz vor der Bundestagswahl im Fokus gestanden!

Die Abweichler haben im Ergebnis durch ihr

Abstimmungsverhalten den einzigen verbliebenen Turning Point für die FDP vor der Wahl zerstört, die Fraktions- und Parteispitze bewusst beschädigt und ausgerechnet dem Spitzenkandidaten der Union und seiner Partei, welche seit Monaten im Wahlkampf nichts unversucht ließ, uns als Mitbewerber unter die 5-Prozent-Hürde zu drücken oder zumindest zu halten, aus einer selbstverursachten Sackgasse geholfen!

Das ist dann das Scheitern in der obengenannten „ganz anderen Sportart“ auf offener Bühne, in einer einzigen Handlung.

BLICK NACH VORN

Die FDP hat sich im Mai 2025 neu aufgestellt. Noch hält die Enttäuschung über die Ampelkoalition und das Ausscheiden aus dem Bundestag nach. Der neu gewählte Vorstand hat vieles angeschoben, die Liberalen befinden sich in einer Art Interim, die alte FDP ist weg, die neue FDP ist noch nicht sichtbar.

Ich vertraue darauf, dass Christian Dürr die Partei wieder nach vorne bringt. Nachfolgend formuliere ich daher mehr Erwartungen und Wünsche, wie der Weg für meine Partei erfolgreich sein kann.

Erwartung an uns selbst

Aus einer Niederlage geht man gestärkt hervor, wenn man aus ihr lernt.

Dazu gehört neben dem Eingeständnis des Scheiterns, vor allem Demut und Respekt vor dem Ergebnis und den daraus folgenden Konsequenzen für die Arbeit, um den Wiederaufstieg zu sichern.

Wir dürfen die Fehler in der Fraktionsarbeit nicht bei der Aufbauarbeit der Partei wiederholen. Die meisten Fehler waren offenkundig, wir waren aber nicht willens, diese konsequent und entschieden abzustellen. Diese Inkonsistenz oder besser Selbstaufgabe in Bezug auf unsere eigenen

Ansprüche können wir uns nicht mehr leisten. Dazu gehört auch, dass zu relevanten Themen eine einheitliche Kommunikation aus der Bundesspitze erfolgt, die klar auf unsere Werte einzahlt.

Der Wiederaufbau kostet Energie und bedarf Geduld, dies darf aber keine Ausrede sein. Bis zum nächsten Bundesparteitag im Mai 2026 muss der Rahmen, in dem wir uns bewegen und kommunizieren, klar sein.

Wenn es Konsens in allen Analysen seit der Wahl ist, dass wir uns zu weit von den Bürgerinnen und Bürgern in Sprache und Inhalt entfernt haben, müssen wir unsere Schwerpunkte wieder stärker an den Menschen ausrichten und nahbar werden. „Markensprech“ hatten wir in den letzten Jahren genug, unsere Ansprache muss greifbar sein.

Aufgrund unserer begrenzten Ressourcen müssen wir uns dabei auf die Menschen konzentrieren, welche noch einen Zugang zu uns haben und dies ist das theoretische Potential unserer Wähler und nicht die Wahlgesamtheit.

Dies bedeutet auch, dass wir uns auf die Kernthemen konzentrieren, welche diese Menschen umtreibt und nicht auf allgemein-theoretisch ausdifferenzierte

liberale Denkmodelle. Es bedeutet auch, dass Problemlösungsvorschläge pragmatisch, umsetzungs- und vernunftorientiert sein und mitunter nicht ausschließlich der „reinen Lehre“ entsprechen müssen.

Worauf wir uns konzentrieren.

Die deutsche Gesellschaft ist zum Ende des Jahres 2025 zutiefst verunsichert. Wir sind gefangen zwischen dem Gefühl eines weitgehenden Kontrollverlusts; dem Erleben von staatlicher Dysfunktionalität auf allen Ebenen; wirtschaftlicher Stagnation; der Angst vor Wohlstandverlusten bzw. dem schwindenden Vertrauen, selbstbestimmt Wohlstand erarbeiten zu können; die Grundlagen einer funktionierender Demokratie, wie Meinungsfreiheit und Diskursfähigkeit scheinen zu schwinden; einer sich weiter verschlechternden Sicherheitslage; den Folgen einer weitgehend ungeregelten Migration und nur mangelhafter Integration über die letzten Jahrzehnte. Politik und Verwaltung haben in den letzten Jahren die meisten Probleme nicht gelindert oder zur Lösung beigetragen, im Gegenteil, sie haben sie ausgelöst und verstärkt und damit einen fatalen Eindruck der Überforderung und Hilfslosigkeit hinterlassen. Hier muss die FDP ansetzen, wir müssen die Zuversicht vermitteln, dass der Zustand des Landes änderbar ist.

Vergegenwärtigt man sich die DNA der FDP und prüft die grundlegende Programmatik der Partei und Fraktion der letzten Jahrzehnte, liest sich vieles wie Lösungsblaupausen für die Probleme, welche sich im Land aufgestaut haben. Wir haben zu wenig umgesetzt und dass, was wir nicht umgesetzt haben oder umsetzen konnten, zu wenig erklärt. Die Grundlagen, der Kern der Programmatik, sind weiterhin vorhanden, müssen im Wesentlichen angepasst und aktualisiert werden.

Unser Unvermögen hat zugelassen, dass den Menschen nicht mehr klar ist, wofür die FDP inhaltlich steht und warum unsere Lösungen für sie geeignet sind, ihre Probleme und die Probleme des Landes zu lösen.

Wir wurden in den letzten Jahren auch nicht deshalb nicht gewählt, weil andere Parteien gleiches oder ähnliches gefordert haben, wir zu „deckungsgleich“ waren. Sondern uns ist in den Ampeljahren schlicht die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in uns abhandengekommen, dass wir in der Lage sind, unsere Programmsätze durch- und umzusetzen.

Wenn wir wieder eine klare Verortung und

Glaubwürdigkeit erreichen wollen, müssen wir wieder stärker die politischen Sekundärtugenden einer liberalen Partei als Subbotschaft offensiv adressieren: Vertrauen in den Einzelnen; Respekt vor Leistungs- und Aufstiegswillen; Ehrgeiz und Exzellenz nicht zu neiden, sondern zu befördern; individuellen Erfolg als eine Bereicherung für die gesamte Gesellschaft zu werten; Regeln sind einzuhalten; keine Leistung ohne Gegenleistung bzw. zumindest dem Bemühen darum; der Staat ist nicht dafür da jedes Lebensrisiko auszugleichen bzw. abzunehmen; der Wertekanon des Grundgesetzes gilt für alle Menschen in Deutschland und eine Bewertung von Aktivitäten, welche im Rahmen unserer Wirtschafts-, Rechts- und Sozialordnung geschehen, hat staatlicherseits zu unterbleiben. Mag die Befolgung dieser Selbstverständlichkeiten für manche eine zu bekämpfende Diskursverschiebung bedeuten, sie wäre eine Rückkehr zu den Grundlagen, welche unser Land stark gemacht haben,

und möglichst unsere Kernkompetenzen mit den für die Menschen relevantesten Themen verknüpfen. Das bedeutet, auch entsprechend andere Themen zu depriorisieren und auch nicht der Versuchung zu erliegen, diese Themen dann unter die Kernthemen subsumieren zu wollen.

Es ergibt sich ein Zweiklang aus einer Wirtschafts- und Ordnungspolitik, die Grundlage für individuellen Aufstieg und eigenverantwortliche Existenzsicherung ist und Leistungs- und Aufstiegswillen honoriert, aber auch für wirtschaftliche Prosperität, um unser Gemeinwesen insgesamt überhaupt finanzieren und sichern zu können; sowie einen Rahmen setzt, in dem der Staat nicht überschuldet und damit handlungsunfähig wird. Sowie aus der Ermöglichung von Freiheit, dies bedeutet, dass Menschen selbstbestimmt und eigenverantwortlich durch ihr Leben gehen können. Dazu gehört es Startchancengerechtigkeit zu ermöglichen, aber Ungleichheit als Ergebnis des Lebens zu akzeptieren. Dazu gehören die Verteidigung der Meinungsfreiheit und unserer Werteordnung, genauso wie die Gewährleistung von innerer Sicherheit als notwendige Voraussetzung und nicht gelungene Integration als Bedrohung eben dieser Freiheit anzuerkennen. Wir vertrauen dem Einzelnen, dass er am besten Entscheidungen für sich trifft. Wir verstehen, dass die Bürger wieder Vertrauen darin haben müssen, dass staatliche Kernaufgaben erledigt werden.

Dies setzt einen Staat, welcher nicht den Eindruck einer vollkommenen Dysfunktionalität und Überforderung hinterlässt, voraus.

Staatliche Leistungen an Einzelne bedeuten auch immer - zumindest die Bereitschaft - zur Gegenleistung. Die Freiheit sich überall im öffentlichen Raum und zu jeder Uhrzeit bewegen zu können ist sicherzustellen. Selbstständige, Unternehmer und Freiberufler dürfen erwarten, dass der Staat ihnen vertraut, dass sie sich an Regeln halten und ihr Geschäftsmodell nicht bewertet und den Freiraum für ihre Geschäftstätigkeit schafft. Der Staat ist nicht übergriffig, ob finanziell oder im Hinblick auf unliebsame Meinungen. Unbedingte Integrationsbereitschaft ist bei Menschen, die zu uns kommen zu erwarten und Voraussetzung für den Aufenthalt. Eltern dürfen erwarten, dass ihre Kinder auf staatlichen Schulen die Grundlagen vermittelt bekommen, dass sie selbstbestimmt ihren Lebensweg gehen können. Die Aufzählung ließe sich beliebig erweitern. Wir müssen Selbstverständliches wieder aussprechen und durchsetzen.

Einschub: Der Wettbewerber

Es ist klar, dass eine liberale Partei inhaltlich die Auseinandersetzung mit etatistisch und kollektivistischen Parteien suchen muss, egal ob sie sozialistisch, ökologisch oder völkisch ausgeprägt sind.

Der politische Hauptwettbewerber der FDP ist allerdings die CDU. Jede Partei wirbt für sich um Stimmen, jede Partei - wie nun die FDP - ist für ihr Scheitern selbst verantwortlich.

Beim Abgleich der Wahlprogramme und Positionen haben beide Parteien die größten Schnittmengen. Gleichzeitig konkurrieren wir um ein Wählerpotential, welches große Schnittmengen aufweist. Teile unserer Mitglieder und Wähler haben daher mitunter ein fast schon schizophreneres Verhältnis zur CDU.

Wir müssen gegenüber der CDU selbstbewusster auftreten, unabhängig davon, dass wir Koalitionen mit dieser anstreben. Dies tut die CDU umgekehrt auch. Die CDU schenkt uns nichts und wir sollten der CDU auch nichts mehr schenken.

Friedrich Merz und Carsten Linnemann haben im Herbst 2024 das Angebot von Christian Lindner ausgeschlagen, zusammen mit der FDP einen echten Reform- (Lager)-wahlkampf zu führen. Es ist offenkundig, dass die Union im Wahlkampf

Scheinpositionen eingenommen hat, welche sie nach der Wahl nicht gedachte einzuhalten. Das Schleifen der Schuldenbremse ist hier nur das prominenteste Beispiel.

Im Wahlkampf hörten wir häufig „Alles richtig, was ihr fordert, und ihr habt Schlimmeres verhindert. Aber jetzt soll der Merz es mal richten!“ Nach 6 Monaten ist diese Hoffnung bei den Menschen zerstört.

Die Lage im Land war bekannt, genauso wie die Herausforderungen. Wer anderes behauptet, hat seine eigenen Reden der letzten zwei Jahre vor der Wahl intellektuell nicht durchdrungen.

Wir müssen aufhören das Scheitern oder die Kompromissfindung, welche die Union in der aktuellen Regierungspolitik täglich zur Schau trägt, zu verteidigen und die Verantwortung für das schlechte Regieren der SPD zuzuschieben.

Es ist wie bei der Fabel vom Frosch und dem Skorpion, die Positionen der SPD waren bekannt.

Der Mangel an Umsetzung der Wahlversprechen des Friedrich Merz liegt nicht an der SPD, denn diese ist für eine andere Politik gewählt worden. Es ist die unmittelbare Konsequenz des mangelnden Willens der Union, vor der Wahl eine wirkliche Auseinandersetzung, um eine Entscheidungsmehrheit für die notwendigen Maßnahmen für unser Land zu erreichen und nach der Wahl, auch um den Preis von ebenso harten Auseinandersetzungen wie in der Ampel, eine als richtig erkannte Position aus einer ungleich stärkeren Position als die FDP durchzukämpfen.

War es an Dummheit grenzende Naivität, schlichte Hybris oder der kalkulierte Wahlbetrug, wenn die Merz-Linnemann-CDU suggerierte mit dem sich abzeichnenden Wahlergebnis zu wirklich durchgreifenden Reformen zu kommen? Im Ergebnis unwichtig.

Es kann uns auch egal sein, ob – wohlmeinend - die CDU immer die Inhalte ihres jeweiligen Koalitionspartners adaptiert oder sie in Wahrheit, wenn sie ihre ordnungs- und wirtschaftspolitischen Kompetenzen suggeriert, politische Mimikry betreibt.

Die Union wird mit ihrem Agieren immer mehr zum Totengräber der Hoffnungen des Mitte-zentrierten Bürgertums. Sie ist nach 8 Monaten Regierungszeit gefangen zwischen einer stärkeren Orientierung zur AfD oder der Beibehaltung des jetzigen Anbiederns

an das linke Spektrum.

The stakes are high

Für die liberale Idee ist dies eine Chance. Die FDP muss selbstbewusst auf die Bürger abzielen, welche eine politische Kraft wünschen, welche Freiheitsrechte schützt, klare und verlässliche Regeln setzt, fairen Wettbewerb sichert und so den Einzelnen ermöglicht, eigenverantwortlich sein Leben zu gestalten. Denn ein solches Angebot wird in den nächsten Jahren nur von einer liberalen Partei kommen können.

Viele trauen der FDP zurzeit nicht zu, zurückzukommen und dies ist der einzige Verharrungsgrund bei der Union (aber auch anderen Parteien) zu bleiben. Gelingt uns auch nur der Ansatz eines Comebacks, wird sich ein Sog zu uns entwickeln, welcher in der sich dynamisch verändernden Parteienlandschaft die Chance birgt, ein liberales Kraftzentrum zu entwickeln, welches in anderen europäischen Ländern längst Alltag ist. Das muss die Leere aus unserem Scheitern sein.

Dies zu versuchen, sollte allen in der FDP Motivation und Antrieb sein uns wieder aufzurichten.

Christoph Meyer ist Landesvorsitzender der FDP Berlin und war von 2017 bis 2025 Mitglied des Deutschen Bundestages, zuletzt als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Zuvor gehörte er dem Abgeordnetenhaus von Berlin an, unter anderem als Fraktionsvorsitzender.